

<b>Änderungsantrag</b>  Entscheidendes Gremium: <b>Bürgerschaft</b>  Ersteller: Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN  Beteiligt: Büro des Präsidenten der Bürgerschaft Sitzungsdienst	Datum: 20.01.2017	
<b>Vorsitzende der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE. und der SPD</b> <b>Bebauungsplan Nr. 01.WA.183 "Schutz des Wohnens vor Umwandlung in Ferienwohnungen in Warnemünde"</b> <b>Abwägungs- und Satzungsbeschluss - Verkürzung der Frist</b>		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
24.01.2017	Bau- und Planungsausschuss	Vorberatung
26.01.2017	Ausschuss für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung	Vorberatung
01.02.2017	Bürgerschaft	Entscheidung

**Beschlussvorschlag:**

Der Beschlussvorschlag wird um folgenden Punkt ergänzt:

4. Für die Rückumwandlung von betroffenen nicht genehmigten Ferienwohnungen in Dauerwohnungen wird grundsätzlich eine Frist von 2 Jahren ab Rechtskraft des Bebauungsplanes gewährt. In begründeten Härtefällen kann die Frist um maximal 2 Jahre verlängert werden.  
Die Abwägung und die Begründung werden an den entsprechenden Punkten geändert.

**Sachverhalt:**

Es besteht dringender Bedarf an Wohnraum in Rostock.  
In Warnemünde besteht zusätzlich ein Ungleichgewicht zwischen Dauerwohnen und Ferienwohnungen. In Warnemünde ist trotz Bautätigkeit die Bevölkerungszahl von 2000 bis 2015 von 8.768 auf 7.860 gesunken (Stat. Jahrbuch 2016 der Hansestadt Rostock).  
Daher ist eine schnellere Umsetzung der Ziele des Bebauungsplans erforderlich.

gez. Uwe Flachsmeyer  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

gez. Eva-Maria Kröger  
Fraktion DIE LINKE.

gez. Dr. Steffen Wandschneider  
Fraktion der SPD

